



Medienmitteilung

Luzern, 13. August 2018

Muss zuerst ein Polizist sterben, damit die Politik reagiert?

VSPB – In der Nacht vom 11. auf den 12. August 2018 wurde ein Polizist der Genfer Kantonspolizei bei einem Einsatz schwer verletzt. Als er im Stadtteil Eaux-Vives bei einer Schlägerei eingreifen wollte, wurde er mit einem Faustschlag niedergestreckt. Er stürzte zu Boden und erlitt eine Schädelfraktur. Das Opfer wurde mit der Ambulanz ins Spital gebracht und musste ins künstliche Koma versetzt werden. Der mutmassliche Täter wurde verhaftet.

Der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB hat mit sehr grosser Besorgnis von diesem feigen Angriff Kenntnis genommen. Die VSPB-Geschäftsleitung erinnert eindringlich und erneut an die Tatsache, dass die Fälle von Gewalt gegen Beamte kontinuierlich zunehmen – die Straftaten gegen Art. 285 StGB haben sich seit 2011 praktisch verdoppelt – und fordert von den politischen Vertretern eine deutliche Verschärfung des Strafrahmens.

«Wir stellen allgemein eine deutliche und besorgniserregende Zunahme von Gewalt fest, wie beispielsweise der kürzlich erfolgte Angriff auf fünf junge Frauen in Genf», sagt VSPB-Präsidentin Johanna Bundi Ryser und betont: «Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten darf auf keinen Fall toleriert werden. Darum ist es auch völlig inakzeptabel, dass die politischen Vertreter den Mut nicht aufbringen, um endlich das Strafmass bei Gewalt gegen Behörden und Beamte zu verschärfen.» Der VSPB hofft, dass sich der verletzte Kollege ohne bleibende Einschränkungen von diesem brutalen Angriff erholt und der Täter mit aller Härte bestraft wird.

Schon seit 2009 rief der VSPB die Politik dazu auf, endlich etwas bezüglich der steigenden Gewalt gegen Behörden und Beamte zu unternehmen. Im 2016 haben die beiden Nationalräte Bernhard Guhl (BDP) und Marco Romano (CVP) zwei parlamentarische Initiativen eingereicht, die eine Verschärfung des Strafmasses bei Art. 285 StGB fordern. Die Mitglieder der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates waren sich im Februar dieses Jahres einig und sprachen sich, mit 20 zu 5 Stimmen, für die Verschärfung gemäss den beiden gleichlautenden Vorstössen aus. Seit damals herrscht aber allem Anschein nach wieder Stillstand in diesem Dossier! «Es ist zwingend nötig, dass sich die Politikerinnen und Politiker ihrer Verantwortung bewusst werden und diese Vorstösse umgehend behandeln. Ein verletzter oder gar toter Polizist kann nicht für Sicherheit sorgen. Als Arbeitgeber erwarten wir vom Staat, dass er alles unternimmt, um Gewalt gegen seine Angestellten zu verhindern und diese feige Gewalt gegen seine Vertreter mit aller Härte zu bestrafen», betont Johanna Bundi Ryser.

Für weitere Informationen:

- Auf Deutsch: Johanna Bundi Ryser, Präsidentin VSPB, Tel. 079 609 50 90
- Auf Französisch: Emmanuel Fivaz, Vizepräsident VSPB, Tel. 079 796 33 89